

Vorlagebericht

zum Haushaltsentwurf 2010 mit Finanzplanung

- 1) Vorläufige Abwicklung des Haushalts 2009 (Grobschätzung)
- 2) Volumen der mittelfristigen Finanzplanung und des Investitionsprogramms von 2009 bis 2013
- 3) Allgemeines zum Haushalt 2010 (mit Eckdaten, Zuführung)
- 4) Kurzüberblick zum Investitionsprogramm 2009 - 2013
- 5) Stand der Schulden, Entwicklung bis 2013
- 6) Stand der Rücklagen, Entwicklung bis 2013
- 7) Analyse der Finanzsituation bis 2013
- 8) Fazit
- 9) Schlussfeststellungen

Kitzingen, 12.03.2010

Vorläufige Abwicklung des Haushalts 2009 (Grobschätzung)

1) Prognose 2009

- war realistisch negativ
- Erwirtschaftung der Mindestzuführung (1,97 Mio. €) nicht möglich
- Zuführung Vermögenshaushalt an Verwaltungshaushalt 2,6 Mio. €
- Gewerbesteuereinbruch auf 4,5 Mio. € (von 11 Mio. €)
- Kreditaufnahme 4,8 Mio. €, Tilgung 1,97 Mio. €, Nettokreditaufnahme rd. 2,8 Mio. €

2) Bisheriges Ergebnis 2009

- bestätigt den negativen Eindruck
- Gewerbesteuereinbruch hat sich bestätigt mit 4,3 Mio. €
- Zuführung zum Verwaltungshaushalt wird sich verbessern auf ca. 1,2 Mio. € (anstelle 2,6 Mio. €)
- Mindestzuführung wird um rd. 3,2 Mio. € verfehlt
- Bauverzögerungen schonten die Mittel des Vermögenshaushalts (Nordtangente, D. Paul-Eber-Schule)
- Kassenlage war zum Ende des Jahres angespannt. Es mussten teilweise innere Kassenkredite aufgenommen werden

Fazit

Das befürchtete Negativ-Ergebnis ist eingetreten und größtenteils zurückzuführen auf den Gewerbesteuereinbruch.

Eine Kompensation der weg gebrochenen Gewerbesteuer erfolgt erst ab dem Jahre 2011 über niedrigere Kreisumlage und höhere Schlüsselzuweisungen.

Die Kreditaufnahmen wurden von der Rechtsaufsichtsbehörde von 4,8 Mio. € auf 2,4 Mio. € (nur noch zinsgünstige Kredite) reduziert. Dies konnte durch Ausgabeneinsparungen und Einnahmeverbesserungen im Verwaltungshaushalt ausgeglichen werden.

Volumen der mittelfristigen Finanzplanung und des Investitionsprogramms
von 2009 bis 2013

Verwaltungshaushalte 2009 bis 2013

Entwurf 2010	37.076.770 €
Jahre 2009, 2011-2013	<u>151.907.010 €</u>
FiP-Zeitraum 2009 bis 2013	<u>188.983.780 €</u>

Vermögenshaushalte 2009 bis 2013

Entwurf 2010	22.227.735 €
Jahre 2009, 2012-2013	<u>43.831.470 €</u>
FiP-Zeitraum 2009 bis 2013	<u>66.059.205 €</u>

Insgesamt

Verwaltungshaushalte 2009 - 2013	188.983.780 €
Vermögenshaushalte 2009 - 2013	<u>66.059.205 €</u>
Finanzvolumen insgesamt	<u>255.042.985 €</u>

Nachrichtlich

Investitionskosten ab 2014 ff	<u>16.149.100 €</u>
-------------------------------	---------------------

Mit diesem Volumen ist die Grenze des finanziell Machbaren und personell Umsetzbaren erreicht.

Allgemeines zum Haushalt 2010

1) Volumen

	<u>Verwaltungshaushalt</u>	<u>Vermögenshaushalt</u>	<u>insgesamt</u>
2010	37.076.770 €	22.227.735 €	59.304.505 €
2009	37.800.020 €	19.895.470 €	57.695.490 €

Die Veränderungen durch die Änderungsliste 1 zum Vermögenshaushalt sind bereits enthalten.

Veränderungen durch Anträge der Fraktionen und Gruppen sind bisher nicht berücksichtigt, da über diese erst abzustimmen und mehrheitlich zu entscheiden ist.

Ebenso nicht berücksichtigt sind die Ergebnisse der Änderungsliste 1 zum Verwaltungshaushalt und Änderungsliste 2 zum Vermögenshaushalt.

2) Verwaltungshaushalt

Im Jahre 2010 wird die Mindestzuführung von 1,925 Mio. € in vollem Umfang verfehlt

zusätzlich ist noch eine vollkommen atypische Zuführung an den Verwaltungshaushalt zu leisten in Höhe von 2,050 Mio. €
somit Negativsaldo 3,975 Mio. €

Gewerbsteuer (in 2008 ca. 11,1 Mio. € in 2009 ca. 4,3 Mio. €) 4,800 Mio. €

Schlüssel- und Finanzzuweisungen des Staates

Schlüsselzuweisungen 2008: 4,815 Mio. € 2009: 2,090 Mio. €
Finanzzuweisungen 2008: 0,348 Mio. € 2009: 0,348 Mio. €

Schlüsselzuweisungen 2010: 2,770 Mio. €
Finanzzuweisungen 2010: 0,350 Mio. €

Kreisumlage (46,1 % Hebesatz)

(2008: 6,914 Mio. €, 2009: 9,008 Mio. €) 7,810 Mio. €

Einkommensteuer-Beteiligung (2008: 6,923 Mio. €, 2009: 6,448 Mio. €) 5,545 Mio. €

Steuererhöhungen sind nicht eingeplant.

Fazit:

Die Mindestzuführung als wichtiges Kriterium der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit wird um rd. 4,0 Mio. € verfehlt.

Das ist zum Teil zurückzuführen auf die bekannte Problematik, dass nach den "fetten Jahren 2007 und 2008" die "mageren Jahre 2009 und 2010" folgen. Leider trifft dieses Problem aber zusammen mit dem Einbruch der Gewerbesteuer von rd. 11 Mio. € in 2008 auf rd. 4,3 Mio. € in 2009 bzw. 4,8 Mio. € im Jahre 2010 durch die unerwartete und nicht abwendbare Wirtschaftskrise und den sich daraus ergebenden Auswirkungen.

3) Eckdaten des Verwaltungshaushalts

	Ansatz 2010 €	Ansatz 2009
Zuführung an Vermögenshaushalt	0	0
Zuführung vom Vermögenshaushalt	2.050.000	2.600.000
Personalkosten	11.796.620	11.447.050
Gewerbsteuer (RE 2008 ca. 11 Mio. €)	4.800.000	4.500.000
Grundsteuer	2.250.000	2.250.000
Einkommensteuer	5.545.000	6.900.000
Schlüsselzuweisungen	2.770.000	2.090.000
Kanalbenutzungsgebühren	2.900.000	2.900.000
Gewerbsteuerumlage	920.000	1.440.000
Kreisumlage	7.810.000	9.150.000
Zinszahlungen (Fremdzinsen)	802.000	877.000

Gewerbsteuer-Entwicklung

1997	7.591.108 €	
1998	5.711.816 €	
1999	7.911.477 €	
2000	6.481.391 €	
2001	10.631.902 €	
2002	7.427.587 €	
2003	7.492.282 €	
2004	6.399.964 €	Vorauszahlungen vor dem Einbruch
	3.000.000 €	Ansatz nach dem Einbruch
	1.933.065 €	RE nach weiterem Einbruch
2005	5.276.699 €	Rechnungsergebnis
2006	6.300.483 €	Rechnungsergebnis
2007	11.663.754 €	Rechnungsergebnis
2008	5.350.000 €	Haushaltsansatz
	11.119.024 €	Rechnungsergebnis
2009	4.293.938 €	Rechnungsergebnis
2010	4.800.000 €	Haushaltsansatz
2011	4.000.000 €	in Finanzplanung
2012	4.000.000 €	in Finanzplanung
2013	4.500.000 €	in Finanzplanung

Entwicklung der Zuführung

Jahr	Zuführung an den Vermögenshaushalt in €	Mindestzuführung €	freie Finanzspanne €
2004 (RE)	- 209.490	1.584.316	- 1.793.806
2005 (RE)	2.639.146	1.661.000	978.146
2006 (RE)	9.137.741	1.817.048	7.320.693
2007 (RE)	10.137.760	1.965.000	8.172.760
2008 (RE)	12.299.986	1.821.581	10.478.405
2009 (Ansatz)	- 2.600.000	1.965.650	- 4.565.650
2010 (Ansatz)	- 2.050.000	1.925.650	- 3.975.650
2011 (Ansatz)	1.650.000	2.035.650	- 385.650
2012 (Ansatz)	2.100.000	2.025.650	74.350
2013 (Ansatz)	<u>2.100.000</u>	<u>1.985.650</u>	<u>114.350</u>
<u>2004 - 2013</u>	<u>35.205.143</u>	<u>18.787.195</u>	<u>16.417.948</u>

4) Vermögenshaushalt

Er weist mit rd. 22,22 Mio. € ein Ausgabevolumen aus, welches gerade noch finanziell geschultert werden kann.

Geprägt wird er durch:

Ansätze 2010

• Großmaßnahme Nordtangente	4.400.000 €
• Sanierung D. Paul-Eber-Schule	2.555.000 €
• Gestaltung Mainpartie	500.000 €
• Sanierung Friedrich-Ebert-Straße und Kanal	1.500.000 €
• Neubau Brücke zur Mondseeinsel	1.300.000 €
• Kleine Landesgartenschau "Natur in Kitzingen"	1.750.000 €
• Soziale Stadt	325.000 €
• Verschiedene Kindergärten, Kinderkrippen	1.500.000 €
• Hauptschule Siedlung	1.200.000 €

Die Kosten gliedern sich wie folgt:

• Baumaßnahmen	15.319.900 €
• Kredittilgungen (davon Umschuldung rd. 0,4 Mio. €)	2.324.460 €
• Vermögenserwerb (Fahrzeuge, Ersatzteile, EDV usw.)	1.101.125 €
• Grunderwerb	260.000 €
• Investitionszuschüsse (u. a. für Hallenbad, Städtebauförderung)	1.172.250 €
• Zuführung an den Verwaltungshaushalt	2.050.000 €

Die Finanzierung erfolgt über:

• Zuführung vom Verwaltungshaushalt	0 €
• Rücklagenentnahmen	4.748.175 €
• Herstellungs- u. Erschließungsbeiträge	1.565.500 €
• Zuschüsse von Bund und Land	9.540.150 €
• Darlehensaufnahmen (incl. Umschuldung von rd. 0,4 Mio. €)	2.398.810 €
• Veräußerung von Grundstücken und bewegl. Sachen	1.360.600 €
• Rückflüsse von Darlehen (darin einmalig 2,56 Mio. €)	2.614.500 €

Zum Ausgleich ist eine Zuführung an den Verwaltungshaushalt von rd. 2 Mio. € erforderlich. Die Tilgungsleistungen müssen aus Rücklagen finanziert werden.

Bei Kreditaufnahmen von 2,00 Mio. € (ohne Umschuldung) werden Tilgungsleistungen von rd. 1,925 Mio. € erbracht, so dass sich eine Nettoneuverschuldung von 75.000 € ergibt.

Aus der Rücklage werden rd. 4,75 Mio. € entnommen. Diese wurden in 2007/2008 überplanmäßig zugeführt, um die Investitionen 2010 in Höhe von rd. 16 Mio. € finanzieren zu können.

An Verkaufserlösen aus der Grundstücksvermarktung sind rd. 1,30 Mio. € veranschlagt.

Kurzüberblick zum Investitionsprogramm 2009 - 2013

Wie alle Zukunftsplanungen enthält das Investitionsprogramm viele Fiktionen und Unsicherheitsfaktoren. Insbesondere wird auf das Risiko-Potential hingewiesen, welches in der Erschließung und Vermarktung der Baugebiete liegt sowie durch die Konversion entsteht.

<u>Volumen 2009 - 2013</u>		<u>66,059 Mio. €</u>
<u>Volumen FiP-Rest (2014 ff)</u>		<u>16,149 Mio. €</u>
<u>Größere Ausgabegruppen:</u>		
2009 - 2013 insges.	Baumaßnahmen	42,137 Mio. €
	Kredittilgungen (incl. 0,4 Mio. € Umschuldung)	10,339 Mio. €
	Zuführung zum Verwaltungshaushalt	4,650 Mio. €
	Erwerb von Grundstücken, Beteiligungen, bewegl. Sachen des Anlagevermögens	3,665 Mio. €
	Baukostenzuschuss der Stadt an Stadtbetriebe (Sanierung Hallenbad)	2,500 Mio. €
	Ausreichung von Zuschüssen/Darlehen	0,560 Mio. €
	Zuführung an Rücklagen	2,210 Mio. €
<u>finanziert durch:</u>	Zuschüsse des Bundes, Staates usw.	25,263 Mio. €
	Zuführungen vom Verwaltungshaushalt	5,850 Mio. €
	Beiträge u. ähnliche Entgelte	5,561 Mio. €
	Veräußerungserlöse	5,269 Mio. €
	Kreditaufnahmen (darin 0,4 Mio. € Umschuldung)	10,799 Mio. €
	Entnahmen aus Rücklagen	10,720 Mio. €
	Rückflüsse von Darlehen (einmalig)	2,600 Mio. €

Enthaltene Großprojekte:

- Brandschutz und Sanierung Hauptschule Siedlung
- Sanierung D. Paul-Eber-Schule
- Anprallschutz Alte Mainbrücke (Kostenbeteiligung Stadt)
- Mainpartie BA II
- Generalsanierung Hallenbad (Investitionszuschuss an Stadtbetriebe)
- Nordtangente
- Neubau Brücke zur Mondseeinsel
- Abwicklung des Kanal- und Straßenbauprogramms
- Kleine Gartenschau Natur in der Stadt
- Sanierung Bahnhofsvorplatz dergl.
- Friedrich-Ebert-Straße
- Soziale Stadt
- Verschiedene Kindergärten / Kinderkrippen

Nicht enthaltene bzw. erst im FiP-Rest veranschlagte Großprojekte:

- Stadthalle (Finanzierung durch Investor)
- Investitionsansätze für Konversion/ISEK
- Generalinstandsetzung Friedrich-Bernbeck-Schule
- Generalinstandsetzung Schulsporthalle Deustergelände
- Vielzahl verschiedener Kanalbaumaßnahmen
- Vielzahl von Brandschutzmaßnahmen

Stand der Schulden

	lt. FiP 2010 €
<u>Schuldenstand per 31.12.2009</u> (inkl. HER von 1,60 Mio. €)	17.540.959
Aufnahme 2010	2.000.000
Tilgung 2010	1.925.650
<u>Schuldenstand per 31.12.2010</u>	17.615.309
Aufnahme 2011	1.800.000
Tilgung 2011	2.035.650
<u>Schuldenstand per 31.12.2011</u>	17.379.659
Aufnahme 2012	1.400.000
Tilgung 2012	2.025.650
<u>Schuldenstand per 31.12.2012</u>	16.754.009
Aufnahme 2013	400.000
Tilgung 2013	1.985.650
<u>Schuldenstand per 31.12.2013</u>	<u>15.168.359</u>

	Kreditaufnahme €	Tilgung €	Nettokreditaufnahme €
2010	2.000.000	1.925.650	+ 74.350
2011	1.800.000	2.035.650	- 235.650
2012	1.400.000	2.025.650	- 625.650
2013	400.000	1.985.650	- 1.585.650
insgesamt	5.600.000	7.972.600	- 2.372.600

Nettoneuverschuldung 2010 - 2013 somit

- 2.372.600 €

Der Schuldenstand hat sich gegenüber der Prognose durch den Aufnahmestopp des Landratsamtes (2009: 2,4 Mio. € und 2010 rd. 2,6 Mio. €) um rd. 5 Mio. € reduziert und verringert sich ab 2011 durch höhere Kredittilgungen als Aufnahmen um weitere rd. 2,3 Mio. € auf einen Endstand von rd. 15,2 Mio. €).

Für die Jahre 2011 - 2013 besteht somit im Investitionsprogramm ein maximaler Verschuldungsspielraum von rd. 2,3 Mio. € um

- noch nicht enthaltene unabweisbare Investitionen zu finanzieren
- Einnahmeausfälle (Grundstückserlöse, Zuschüsse, Steuerausfälle) auszugleichen

Rücklagenentnahmen sind nicht mehr möglich. Dementsprechend vorsichtig sollte deshalb mit einer Neuverschuldung umgegangen werden.

Stand der Rücklagen

	lt. FiP 2010 €
<u>Rücklagenstand per 31.12.2008</u>	10.800.000
Entnahme 2009 (geschätzt, veranschlagt waren rd. 5,6 Mio. €)	5.250.000
<u>Rücklagenstand per 31.12.2009 (geschätzt)</u>	5.550.000
Entnahme 2010 rd.	4.750.000
<u>Rücklagenstand per 31.12.2010</u>	800.000
Entnahme 2011	400.000
<u>Rücklagenstand per 31.12.2011</u>	400.000
Zuführung 2012	750.000
<u>Rücklagenstand per 31.12.2012</u>	1.150.000
Zuführung 2013	1.460.000
<u>Rücklagenstand per 31.12.2013</u>	<u>2.610.000</u>
Mindestrücklage z. Zt. rd.	<u>350.000</u>
Entnahmen 2009 bis 2011	10.400.000
Zuführungen 2012 bis 2013	2.210.000
Saldo - (Mehrentnahme)	<u>8.190.000</u>

Nach den Vorgaben der Rechtsaufsichtsbehörde sind zur Finanzierung vorrangig die Rücklagen zu entnehmen bevor Kreditaufnahmen erfolgen dürfen. Wir werden deshalb in den Jahren 2009 und 2010 rd. 10 Mio. € entnehmen, um die Finanzierung der Investitionsprogramme dieser beiden Jahre gewährleisten zu können.

Der Rücklagenstand zum Ende des Jahres 2011 beträgt nur noch 400.000 € und liegt äußerst knapp über der Mindestrücklage (350.000 €).

Die prognostizierten Zuführungen der Jahre 2012 (750.000 €) und 2013 (1.460.000 €) sind alternativ einsetzbar als freie Finanzmittel zur Finanzierung von Investitionskosten, die ab 2012 noch nicht im Investitionsprogramm enthalten sind bzw. zur Absicherung von Mehrausgaben oder Einnahmeausfällen (z. B. bei den Grundstücksveräußerungen).

Daraus ist zu ersehen, dass es sich beim Rücklagenstand ab 2012 nicht um freie Finanzspannen sondern um dringend notwendige Mittel zur Sicherung der dauernden Leistungsfähigkeit handelt.

Analyse der Finanzsituation der Stadt

1) Das Jahr 2010 wird geprägt durch:

- Rekordvolumen von 22 Mio. €
- fehlende Mindestzuführung (rd. 1,95 Mio. €) sowie Fehlen einer freien Finanzspanne
- Atypische Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt mit rd. 2,050 Mio. €
- Einmalige Erlöse aus Darlehensrückflüssen 2,56 Mio. €
- Rücklagenentnahme von rd. 4,75 Mio. €
- Kreditaufnahmen von rd. 2,00 Mio. €

Ursachen:

- Auswirkungen der fetten Jahre 2007/2008 (hohe Kreisumlage, niedrige Schlüsselzuweisungen)
- Wegbrechen der Gewerbesteuer durch die Finanz- und Wirtschaftskrise (von ca. 11 Mio. € auf 4,8 Mio. €)

Folgen:

Finanzierung etwaiger Mehrausgaben bzw. Einnahmeminderungen

- nicht mehr möglich über:
 - Erhöhung Rücklagenentnahmen (Ende 2010 noch 0,8 Mio. €)
 - Erhöhung Kreditaufnahmen (Nettoaufnahme 0)
- nur noch möglich über:
 - Verschiebung und Streichung von Ausgaben
 - weitere einmalige Tilgungseinnahmen
 - Verbesserung Verwaltungshaushalt

Verwaltungshaushalt 2010 (rund 37 Mio. €)

Verschlechterung durch Mehrausgaben, Einnahmeminderungen sind nicht mehr finanzierbar (Zuführung ausgereizt)

denkbare Verbesserungen:

- Personalausgaben
- Gewerbesteuer-Einnahmen

2) Das Jahr 2011 erwirtschaftet die nötige Mindestzuführung von rd. 2 Mio. € nur in Höhe von rd. 1,65 Mio. €. Es ist eine Rücklagenentnahme von rd. 0,4 Mio. € erforderlich. Die Nettokreditaufnahme beträgt rd. - 0,2 Mio. €

Das Investitionsvolumen geht auf 9,2 Mio. € zurück.

3) Das Jahr 2012 erwirtschaftet die Mindestzuführung von rd. 2 Mio. € sowie eine minimale freie Finanzspanne. Es ist eine Zuführung zur Rücklage in Höhe von rd. 0,75 Mio. € möglich. die Nettokreditaufnahme beträgt rd. - 0,6 Mio. €

Das Investitionsvolumen geht auf 8,4 Mio. € zurück.

4) Das Jahr 2013 erwirtschaftet die Mindestzuführung von rd.2 Mio. € sowie eine kleine freie Finanzspanne. Es ist eine Zuführung zur Rücklage in Höhe von rd. 1,45 Mio. € möglich.
Die Nettokreditaufnahme beträgt - 1,5 Mio. €
Das Investitionsvolumen geht auf 6,3 Mio. € zurück.

5) Risiken für die Jahre 2010 - 2013

- Gehen die geplanten Verkaufserlöse aus der Grundstücksvermarktung ein?
- Wie entwickeln sich die Verwaltungshaushalte (Steuern, Schlüsselzuweisungen) und damit die Zuführungen?
- Wie entwickeln sich die Investitionszuschüsse des Staates?

Fazit

1. Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not

Durch die Beachtung dieses Grundsatzes konnten in den letzten Jahren

- Rücklagen angesammelt werden
- Ein Verschuldungsspielraum erhalten werden

Nur dadurch ist die dauernde Leistungsfähigkeit noch gegeben.

2. Die Krise ist auch in Kitzingen angekommen

Der Haushalt 2010 und das Investitionsprogramm sind ausgereizt. Es sind

- keine zusätzlichen Finanzierungsmittel vorhanden
- keine zusätzlichen Maßnahmen möglich ohne Streichung/Verschiebung eingeplanter Maßnahmen

3. Ende 2013 werden unsere Rücklagen nahezu aufgebraucht und nur noch ein geringer Verschuldungsspielraum vorhanden sein.

4. Wir können nicht mehr auf allen Hochzeiten tanzen sondern müssen Prioritäten setzen. Das Volumen der Jahre ab 2011 muss drastisch heruntergefahren werden.

Mit den verbleibenden Restmitteln müssen

- vorrangig begonnene Maßnahmen zu Ende gebracht werden
- neue Maßnahmen nur bei unabwiesbarer Notwendigkeit und Dringlichkeit begonnen werden

Schlussfeststellungen

1. Die Finanzlage der Stadt ist noch geordnet
2. Der gesetzliche Haushaltsausgleich ist nur noch gegeben durch Rücklagenentnahmen und einmaligen Tilgungseinnahmen
3. Die finanzielle Leistungsfähigkeit bis zum Jahre 2013 ist in der vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung durch Rücklagenentnahmen und einmalige Tilgungseinnahmen nachgewiesen
4. Der Haushalt mit mittelfristiger Finanzplanung ist daher genehmigungsfähig